



CHRISTIAN
NAWROCKI

ARMIN
FUHRER
(HRG.)

AfD

Bekämpfen oder ignorieren?

Intelligente Argumente
von 14 Demokraten

Kellner  *Verlag*
Bremen Boston

Politik

**Christian Nawrocki (Hrsg.)
Armin Fuhrer (Hrsg.)**

AfD – Bekämpfen oder ignorieren?

**Intelligente Argumente
von 14 Demokraten**

Dieses Buch ist bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert:
Die bibliografischen Daten können online angesehen werden:
<http://dnb.d-nb.de>

Nawrocki PR & Communication

Hongkongstrasse 7
20457 Hamburg

Telefon: 040 75 66 85 22

info@nawrocki-pr.de

www.nawrocki-pr.de



Nawrocki

PR & Communication

© 2016 by KellnerVerlag, Bremen | Boston

St.-Pauli-Deich 3 | 28199 Bremen

Tel. 0421 77866 | Fax 0421 704058

sachbuch@kellnerverlag.de

www.kellnerverlag.de



Lektorat: Nawrocki PR & Communication

Layout: Manuel Dotzauer, KellnerVerlag

Umschlag: Jens Vogelsang, Aachen

ISBN 978-3-95651-116-5

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	5
<i>Gesine Agena und Anton Hofreiter:</i>	
Ein Weckruf, der gehört werden muss	13
I. Die AfD stellen	15
II. Die politische Debatte schützen	17
III. Alternativen bieten	17
IV. Den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft sichern	18
V. Mut statt Wut	19
<i>Dietmar Bartsch:</i>	
Die »Dagegen-Partei«	21
• Die AfD ist ein Krisensymptom, und wir müssen überlegen, wie wir die Krise lösen	21
• Rechtspopulismus – eine europäische Normalität in Deutschland?	22
• Die AfD – Ein Sammelbecken am rechten Rand	23
<i>Elmar Brok:</i>	
Keine Alternative für Europa	27
<i>Alexandra Förderl-Schmid:</i>	
Vorbild für die AfD: die FPÖ	35
<i>Manfred Güllner:</i>	
Mythos und Verharmlosungen:	
Wie die AfD »salonfähig« gemacht wurde	43
• Fehleinschätzungen der AfD in ihrer Anfangsphase	43
• Missdeutungen der Stärke der AfD bei den Wahlen seit 2013	46
• Ist die AfD eine »Volkspartei«?	52
• Ausblick	56
<i>Florian Kain:</i>	
Die AfD polarisiert wie keine andere Partei in Deutschland	59
<i>Charlotte Knobloch:</i>	
Die AfD und wir – die Demokraten dürfen den historischen Moment der Bewährung nicht verpassen	67

Armin Laschet:

Sagen, wer sie sind und was sie denken	77
• Man muss die AfD bekämpfen, indem man ihr Menschen- und Deutschlandbild entlarvt	77

Aiman A. Mazyek:

Bekämpfen oder totschweigen?	85
• Marwas Tod: Mahnung und Menetekel	85

Franz Müntefering:

Vor 2017 – »auf der Höhe der Zeit sein«!	99
---	-----------

Peter Radunski:

Strategien gegen die AfD	107
I. Strategie der Auseinandersetzung mit der AfD	107
II. Strategie Regierungsbeteiligung der AfD	110
III. Personalisierungs- und Mobilisierungsstrategien in Wahlkämpfen	112

Ralf Stegner:

Widerspruch und Klarheit – wie wir gegen die AfD gewinnen	115
--	------------

Katja Suding:

Arbeit statt Empörung – Die AfD in den Parlamenten stellen und zur Arbeit verdonnern	125
---	------------

Nachwort des Verlegers	132
-------------------------------------	------------

Über die Autorinnen und Autoren	136
--	------------

Weitere Bücher aus dem KellnerVerlag	141
---	------------

Vorwort der Herausgeber

Seit einigen Jahren beschäftigt ein neues Phänomen Politik, Medien und Gesellschaft in Deutschland: die AfD. Zunächst als wirtschaftsliberale und gesellschaftlich stramm konservative Partei unter ihrem Parteigründer Bernd Lucke ins Leben gerufen, erreichte die »Alternative für Deutschland« bei der Bundestagswahl 2013 auf Anhieb beachtliche 4,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Zum Einzug ins Parlament reichte es dennoch nicht aus. Der Zulauf war in erster Linie gespeist aus dem Frust vieler Wähler über die Euro-Rettungspolitik der damaligen Bundesregierung aus Union und SPD. Diese werde unweigerlich zum finanzpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Niedergang der Bundesrepublik führen, unkten die Spitzenleute der Partei – und ihre Anhänger folgten ihnen.

Begleitet wurden diese düsteren Vorhersagen mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die vieles, was in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten erreicht beziehungsweise durchgesetzt wurde, zurückdrehen wollten. Vorstellungen, die zumeist noch hinter der Euro-Thematik verdeckt blieben und die die Medien gerne als »rechtspopulistisch« bezeichneten. Aber auch, wenn viele ihrer Gegner das behaupteten – eine rechtspopulistische Partei im Sinne des Front National von Marine Le Pen in Frankreich oder der aktuellen polnischen Regierung war die AfD damals nicht. Viele empfanden die Partei als unappetitlich – aber eine ernsthafte Gefahr für Republik, Demokratie und Verfassung war sie gewiss nicht.

Nach der Bundestagswahl erreichte die Krise um den Euro und das europäische Bankensystem sowie mit dem drohenden Staatsbankrott Griechenlands einen neuen Höhepunkt. Doch dann schien sie sich zu beruhigen; das Thema geriet zusehends aus dem Blickfeld von Medien und Öffentlichkeit. Für die AfD, die von dunklen Szenarien und Angstmacherei lebt, eine schlimme Entwicklung. Ihr schien das Thema abhanden zu kommen, das ihr eine gewisse Bedeutung gegeben hatte, mit dem sie den Teil der Bevölkerung mobilisieren konnte, der ohnedies grundsätzlich unzufrieden mit der Politik ganz im Allgemein ist. Die AfD wurde, im Bankenrettungsjargon, abgewertet.

Wieder einmal schien der Kelch an Deutschland vorbeigegangen zu sein. Es dürfe rechts neben der Union keine weitere Partei geben

– das war einst das Credo von Franz Josef Strauß. Und es war ebenso das Credo der anderen Parteien, auch wenn diese sich und anderen das öffentlich nicht so gerne eingestehen mochten. Das zeigte sich im Sommer 2016, als der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel der CSU vorwarf, sie integriere die Wähler an ihrem rechten Rand nicht genug. Eine bemerkenswerte Aussage, wenn man bedenkt, dass es sonst doch gerne die Klage der Sozialdemokraten ist, die Union laufe rechten Parteien zu sehr hinterher und bediene rechtspopulistische Klischees ihrer Wähler. Solche rechten Parteien hat es in der Geschichte der Bundesrepublik seit ihrer Gründung 1949 immer wieder gegeben, und sie hatten zeitweise einen begrenzten Erfolg: die NPD, die Republikaner, die DVU. Eine Gefahr stellten sie tatsächlich nie dar, weil das politische System, die Demokratie, hierzulande viel zu gestärkt und stabil war. Das gilt übrigens bei aller berechtigten Empörung und allem verständlichen Entsetzen über die Mordtaten auch für die Rechtsterroristen vom NSU. Wenn man Strauß' Forderung so interpretiert, dass keine rechte Partei einen Einfluss auf die Politik in Deutschland haben dürfe, dann wurde sie Jahrzehnte lang erfüllt. Daran haben alle demokratischen Parteien, aber vor allem auch die Zivilgesellschaft mitgewirkt. Ein Erfolg, der zeigt, wie stark das politische Geflecht der Bundesrepublik war.

War? Hat es diese Integrationskraft inzwischen angesichts des Aufstiegs der AFD möglicherweise verloren? Und wenn ja – wie konnte das passieren?

Die Euro-Krise war eine Krise, die die Politik und die Menschen unvermittelt und überraschend einholte. Die Auswirkungen waren und sind im Alltag in Deutschland wenig zu spüren, ganz anders als in anderen EU-Mitgliedsstaaten. Wohl deshalb auch war das Krisenempfinden in Deutschland viel geringer als beispielsweise in Griechenland. Bei den beiden Problemen, die heute im Vordergrund stehen, sieht das ganz anders aus: die Flucht von Millionen Menschen vor Bürgerkrieg, Hunger und Armut, Vergewaltigung und Diskriminierung nach Europa – und vor allem nach Deutschland. Und für den islamistischen Terror, der seit 2015 nicht mehr nur weit entfernte Städte und Länder trifft, sondern der nun mitten in Europa und seit dem Sommer 2016 auch in Deutschland zuschlägt. Auf beide Entwicklungen waren die Menschen hierzulande in keiner Weise vorbereitet; und die Politik anscheinend ebenso wenig. Verunsicherung, Angst, düstere Ahnungen sind die Folgen. Das »Wir schaffen das« der Bundeskanzlerin war, als Hunderttausende

Flüchtlinge nach Deutschland strömten, viel zu wenig, um gegen diese Gefühle wirken zu können. Und es bleibt bis heute vielleicht das größte Manko Angela Merkels, dass sie den Deutschen ihre Politik nicht wirklich verkauft. Schon die »Alternativlosigkeit«, die sie bei der Bankenrettung beschwor, war einfach zu wenig; sie wirkte auf viele wie ein Denkverbot. Und auch danach ist der Kanzlerin nicht viel eingefallen.

Inzwischen nutzen AfD-Anhänger in einer mittlerweile teils völlig enthemmten Sprache die sozialen Medien und die Kommentarspalten der News-Portale, um sich Gehör zu verschaffen. Sie sprechen ganz offen unter Nennung ihres Namens vom »Merkel-System« oder der »Merkel-Diktatur« (dass die Verwendung solcher Begriffe für die Regierung einer demokratisch gewählten Kanzlerin auch ein Ausdruck deutscher Bildungsmisere ist, sei nur am Rande erwähnt). Warum auch nicht, fragen sich manche dieser Hasskommentatoren – hat nicht auch Horst Seehofer, Vorsitzender der »Systempartei« CSU, vom »Unrechtsstaat« Deutschland gesprochen? Ein Begriff, den wir gewöhnlich für das Dritte Reich oder auch die DDR verwenden, für Nordkorea oder China.

Die AfD greift diese Stimmungslage auf, und zwar genauso hemmungslos, wie Teile ihrer Anhängerschaft eine verrottete Sprache im Internet benutzen. Sie agiert in einer Zeit, in der viele Menschen durch die zunehmende, auf sie zügellos wirkende Globalisierung stark verunsichert sind. Auch islamistischer Terror und Flüchtlingskrise sind letztlich Ausdruck dieser Globalisierung. Sie betreffen die Menschen in Deutschland aber viel direkter als die Euro-Rettung. Hinzu kommt eine diffuse Anti-Haltung gegen beinahe alles, was unsere Demokratie ausmacht.

Die AfD reagierte, als ihr die Euro-Felle wegzuschwimmen drohten, ebenso schnell und geschickt wie perfide: Sie wechselte zunächst in einem beispiellosen Akt, der jede der »Systemparteien« zurecht einen großen Teil ihrer Wählerschaft kosten würde, ihre Führung aus (die Abspaltung des »liberalen« Flügels um Parteigründer Bernd Lucke stellte sich als lässlicher Kollateralschaden heraus) und schoss sich dann auf die neuen Probleme ein, wohlwissend, dass sie reiche Ernte würde einfahren können. Was folgte, war eine rasante Richtungsverschärfung von halbrechts nach rechts. Durch diese Entwicklung kamen Kräfte in der AfD ans Tageslicht, die bis dahin eher im dunklen Sumpf verborgen waren: rechtspopulistische, völkische, rassistische, antisemitische, anti-

amerikanische und vor allem antiislamische. Inhaltliche und persönliche Überschneidungen zur Pegida-Bewegung, zur NPD oder zu den »Identitären« häufen sich. Eine Entwicklung, deren Ende nicht abzusehen ist.

Diese neue Strategie ist zumindest zunächst erfolgreich. Bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 erreichte die Partei zweistellige Ergebnisse; in Sachsen-Anhalt kam sie fast auf ein Viertel aller Wählerstimmen. Ob die AfD auf diesem Erfolgskurs bleiben kann, wird sich noch zeigen. Zwar haben ihr peinliche Fehlritte wie der der Berliner Landesvorsitzenden Beatrix von Storch nicht geschadet – sie forderte zunächst, auf Flüchtlinge an den Grenzen notfalls zu schießen – ausdrücklich schloss sie auch Kinder und Frauen ein –, um dann zu erklären, sie sei bei der Formulierung dieser Forderung auf der Maustaste ihres Computers ausgerutscht. Die Möglichkeit, dass die Partei sich für eine große Schar ihrer derzeitigen Anhänger dann doch zu weit nach rechts bewegt, ist nicht auszuschließen. Das zeigte der desaströse Fehltritt des Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Alexander Gauland. Er, ein einstmals angesehener konservativer Journalist, behauptete kurz vor der Fußball-Europameisterschaft im Sommer 2016 in Frankreich, die Deutschen fänden zwar, dass Bayern-Star Jérôme Boateng ein toller Fußballspieler sei – aber als Nachbarn wollten ihn viele nicht haben. Als sich ein Shitstorm erhob, musste Gauland zurückrudern. Erst behauptete er, den Satz habe er so nicht gesagt; dann gab er an, nicht gewusst zu haben, dass Boateng, dessen Vater aus Ghana stammt und dessen Mutter eine Deutsche ist, in Berlin geboren sei und den deutschen Pass besitze.

Zugleich versucht die Partei, sich immer stärker als die Vertreterin der »kleinen Leute« aufzuspielen, die sich von der etablierten Politik (keineswegs immer zu Unrecht) vernachlässigt fühlen. Ein Vergleich mit der österreichischen FPÖ, zu der AfD-Chefin Frauke Petry demonstrativ die Nähe sucht, zeigt, wie wenig stichhaltig diese Behauptung ist. Denn während die FPÖ (deren Aufstieg die Chefredakteurin der renommierten Wiener Tageszeitung »Standard«, Alexandra Förderl-Schmid, in diesem Buch nachzeichnet), die inzwischen den großen Teil der österreichischen Arbeiterschaft hinter sich hat, die linken Parteien in ihren sozialen Forderungen teilweise noch links überholt, hat sich die AfD in keiner Weise von ihren marktradikalen Positionen der Anfangszeit verabschiedet. So votieren die »kleinen Leute« – um nur ein Beispiel zu nennen – für

die Abschaffung des Mindestlohns, von dem sie in Wahrheit sehr profitieren, wenn sie die AfD wählen. Die Vermutung liegt nahe, dass eine solche Reaktion eigentlich »linker« Wähler auch auf die Tendenz zurückzuführen ist, dass die linken Parteien sich in den vergangenen Jahren zusehends immer stärker um die Rechte der verschiedensten kleinen, aber medial lautstarken Minderheiten gesorgt und ihre eigentliche Klientel vernachlässigt, wenn nicht vor den Kopf gestoßen haben.

Die AfD soll hier nicht mit der NSDAP gleichgesetzt werden. Davon ist sie ein gutes Stück entfernt – und unzulässige Vergleiche helfen ihr nur, sich als Opfer und Ausgegrenzte der Gesellschaft aufzuspielen. So schreibt der Vorsitzende der LINKEN-Fraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, in seinem Beitrag, die AfD habe nicht den Charakter einer faschistischen Partei (aber diese Partei ist ohne Zweifel immer weiter auf dem Weg nach rechts). Was an dieser Stelle verglichen werden soll, ist der Aufstieg der beiden Parteien und der politische und soziale Hintergrund. In den Medien ist heute oft zu lesen, die derzeitige Situation erinnere an das Jahr 1933 (Hitlers »Machtergreifung«) oder an das erdrutschartige Wahlergebnis der Nationalsozialisten bei den vorgezogenen Reichstagswahlen vom September 1930, bei denen sie mit 18,3 Prozent hinter der SPD urplötzlich die zweitstärkste Kraft im Reichstag waren – nachdem sie bei den vorangegangenen Wahlen zwei Jahre zuvor noch eine Splitterpartei gewesen waren. Vergessen wird aber regelmäßig, dass dieser »Erdrutsch« eine Vorgeschichte hatte – nämlich verschiedene Landtagswahlen 1929/30, bei denen die NSDAP deutlich steigende Ergebnisse für sich verbuchen konnte, ehe sie zum großen Sprung in den Reichstag ansetzte. Die NSDAP war nicht plötzlich am Wahltag da, ihr Aufstieg hatte sich zuvor angekündigt. Und er vollzog sich zeitgleich mit den wachsenden sozialen Problemen der Weimarer Republik, die verbunden waren mit einem steigenden Unsicherheitsgefühl. Die Demokraten fanden damals kein Mittel, um die braune Flut aufzuhalten. Allerdings war der gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Hintergrund auch ein ganz anderer als heute. Vor allem gibt es in Deutschland heute eine robuste Wirtschaft, während es ab 1929 eine schlimme Wirtschaftskrise gab, die viele Menschen in Leid und Elend stieß. Die Weimarer Republik war zudem von Beginn an eine schwache Demokratie, anders als die bundesdeutsche. Diese Unterschiede lassen Beobachter – auch Autoren dieses Buches – hoffen, die AfD sei wie ihre

Vorgängerparteien nur ein zeitweiliges Problem, das wieder verschwinden werde.

Wie schon gesagt, AfD ist nicht gleich NSDAP. Aber was sie schon heute an braunem Gedankengut zutage fördert, muss eine Demokratie zwar aushalten, aber nicht ertragen oder akzeptieren. Zumindest sollten Demokraten alles tun, um den Einzug dieser Partei in den Bundestag zu verhindern.

Aber wie soll das gelingen angesichts von Problemen, die immer komplizierter werden und für die es nicht die einfachen Lösungen (»Euro abschaffen«, »Grenzen dicht«) gibt, die die AfD den Wählern vorgaukelt? Wie soll man die AfD-Forderungen als Schaumschlägerei entlarven, wie ihre Wähler davon überzeugen, dass ihre Scheinlösungen gar keine Lösungen sind? Wie die vielen haltlosen Forderungen, Verschwörungstheorien (»Lügen-Presse«, »Wir sind die Opfer«, »Merkel-Diktatur«) widerlegen und damit die AfD-Wähler wieder für demokratische Parteien und konsensuale Lösungen zurückgewinnen? Das sind Fragen, die sich an die Politik, die Medien und die Zivilgesellschaft richten. Die Zivilgesellschaft aber sind wir alle, jeder Einzelne von uns. Ein Problem ist dabei, dass viele AfD-Wähler für rationale Argumente (im Moment) offenbar gar nicht zugänglich sind. Diesen Zustand wieder zu ändern, ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die AfD eines Tages den Weg ins politische Nichts geht.

Die Beiträge in diesem Buch sind von Politikern (von CDU bis DIE LINKE), Journalisten und Vertretern der Zivilgesellschaft verfasst. Es sind, ganz so, wie der Untertitel des Buches sagt, »intelligente Argumente von Demokraten«. Von klugen Demokraten, die nur eben eines nicht haben und nicht haben können, weil es sie nicht gibt: eine Patentlösung. Ob ihre Vorschläge, Ideen und Argumente fruchten, ob neue hinzukommen werden – das wird die Zukunft zeigen. Die Autoren setzen sich mit all den gerade genannten und noch anderen Fragen und Problemen auseinander. So glauben der Grünen-Fraktionschef im Bundestag, Anton Hofreiter, und seine Parteifreundin Gesine Agena, dass die demokratischen Parteien sich wieder stärker um Inhalte streiten müssten, um den Wählern echte Alternativen zu bieten. Dann brauche es keine »Alternative für Deutschland«. Demgegenüber glaubt Peter Radunski – viele Jahre lang Helmut Kohls erfolgreicher Mann für die Wahlkämpfe –, die demokratischen Parteien (SPD und Grüne!) müssten der AfD in Ländern und Kommunen Koalitionen anbieten, um sie so zu entzaubern. SPD-Vizechef Ralf Stegner fordert, die anderen Partei-

en müssten gegenüber der AfD klar Stellung beziehen, nicht ihr inhaltlich entgegenkommen. Der Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner, sieht eine Mitschuld für den Aufstieg auch bei den Medien. Dietmar Bartsch schließlich ist der Ansicht, ein Grund für den Aufstieg der AfD sei die »vorsichtige Modernisierung« der CDU der vergangenen Jahre, die National- und Rechtskonservativen ihre politische Heimat genommen habe.

Machen wir uns nichts vor: Die Lage in Deutschland im Jahr 2016 ist angespannt wie schon lange nicht mehr. Die Aufnahme vieler Flüchtlinge aus einem anderen Kulturkreis bietet vielen Menschen Anlass zu großer Sorge, genauso wie der islamistische Terror. Die Welt um uns herum ist unruhiger geworden, viele Probleme, die weit weg schienen, spielen sich nun vor unserer Tür ab. Der Zustand der Medien, einer wichtigen Säule der Demokratie, kann nicht zufriedenstellen, die Politik wirkt häufig überfordert (zum Teil zu Recht, zum Teil hat sie aber auch schnell und durchaus kompetent auf neue Herausforderungen reagiert). Europa steht in der Kritik. Gleichwohl: Deutschland ist ein stabiles Land, das in aller Welt bewundert und beneidet wird, ganz gleich, was Rechtspopulisten hierzulande behaupten. Trotzdem hat die frühere Präsidentin des Zentralrates der Juden, Charlotte Knobloch, Recht, wenn sie schreibt, dass sich Deutschland derzeit in einer Bewährungsphase befinde. Jetzt sei es an der Zeit, diese Probe zu bestehen.

Und was die AfD angeht: Sie ist nicht eine »Alternative für Deutschland« – sie ist eine »Alternative zu Deutschland«. Zu dem Deutschland, wie es die Demokraten seit 1949 in zähem und oftmals sehr kontroversem Ringen um den richtigen Weg aufgebaut haben: tolerant, liberal, offen, wirtschaftlich weltweit verflochten und erfolgreich, freundlich, international, hilfsbereit, klug. Ein Land, das sicherlich nicht perfekt ist und (je nach Standpunkt des Betrachters) seine Fehler hat. Ein Land, das durch Kritik und demokratische Auseinandersetzung von FDP bis Linkspartei, von den Gewerkschaften bis zu den Arbeitgebern, von den Nichtregierungsorganisationen bis zu den Bürgerinitiativen stärker wird und wächst. Ein Land, das sich ständig bewegt, verändert und auch mal Rückschläge einstecken muss. Ein Land schließlich, für das es sich einzusetzen lohnt gegen diejenigen, die es so, wie es ist, abschaffen wollen.

Christian Nawrocki • Armin Fuhrer
Hamburg und Berlin im Juli 2016



Gesine Agena und Anton Hofreiter

Ein Weckruf, der gehört werden muss

Die österreichischen Bundespräsidentenwahlen haben einmal mehr gezeigt, wie stark der Rechtspopulismus in Europa auf dem Vormarsch ist. Lange haben viele in Deutschland gehofft, dass uns diese Entwicklung erspart bleibt.

Doch schon kurz vorher, mit den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg wurde klar: Dem ist nicht so. Die Wahlen bedeuten eine erhebliche Verschiebung der politischen Landschaft. Mit der AfD sind nun auch wir mit einer rechtspopulistischen Partei konfrontiert, der der Einzug in Parlamente dauerhaft gelingt. Deutschland hat sich damit in trauriger Weise an eine europäische Normalität angepasst.

Der Zuspruch für diese Partei ist besorgniserregend. In Sachsen-Anhalt ist sie zweitstärkste Kraft geworden, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg – zwei westdeutschen Flächenländern – mit zweistelligen Ergebnissen drittstärkste. Nun ist die AfD in acht Landtagen vertreten.

Die AfD verfolgt quer durch ihr Programm ultrakonservative, nationalistische, zum Teil völkische, diskriminierende und inhumane